

KURZ NOTIERT

Appell an Bundeskanzler

Berlin. Anlässlich des Staatsbesuchs des aserbaidjanischen Präsidenten Ilham Alijew am 25. und 26. April in Berlin haben zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter die Gesellschaft für bedrohte Völker, der Zentralrat der Armenier und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, einen gemeinsamen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtet. Darin fordern die Organisationen Scholz unter anderem auf, die Vertreibung von 100 800 Armeniern aus Arzach/Bergkarabach öffentlich zu verurteilen und Sanktionen für den Fall eines erneuten Angriffs anzukündigen. **kk**

Welthungerhilfe warnt vor Kürzungen

Osnabrück. Vor dem Hintergrund der Spar-Pläne von Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat die Welthungerhilfe vor weiteren Kürzungen bei der Hunger- und Armutsbekämpfung gewarnt. Laut Finanzministerium sollen insgesamt etwa zwei Milliarden Euro bei der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe gekürzt werden. Welthungerhilfe-Vorstandschef Mathias Mogge sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Nur wer in eine Zukunft ohne Hunger investiert, kann Teil einer Fortschrittskoalition sein.“ **epd**

Die Stimmung scheint zu kippen

Jugendstudie: Junge Menschen sind unzufrieden und pessimistisch

Die Studie „Jugend in Deutschland 2024“ hat herausgefunden, dass Jugendliche sich mehr Sorgen um ihre Zukunft machen, als in den vergangenen Jahren. Dadurch steige auch das Potenzial für rechtspopulistische Einstellungen und das Ausmaß psychischer Belastungen.

Berlin. Die Autoren einer neuen Jugendstudie fordern mehr Möglichkeiten für junge Menschen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann sagte in Berlin bei der Vorstellung der Analyse „Jugend in Deutschland 2024“, junge Menschen seien bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie hätten aber den Eindruck, dass der Staat sich nicht um sie kümmere.

Der Analyse zufolge sind junge Menschen in Deutschland so pessimistisch wie noch nie. Sorgen um die Sicherung des Wohlstands führten zu hoher politischer Unsicherheit und damit zu einem deutlichen Rechtsruck, heißt es in der Untersuchung von Hurrelmann, Kilian Hampel und Simon Schnetzer.

Sorgen machen sich junge Menschen laut der Studie aufgrund von Inflation (65 Prozent), teurem Wohnraum (54 Prozent), Altersarmut (48 Prozent), der Spaltung

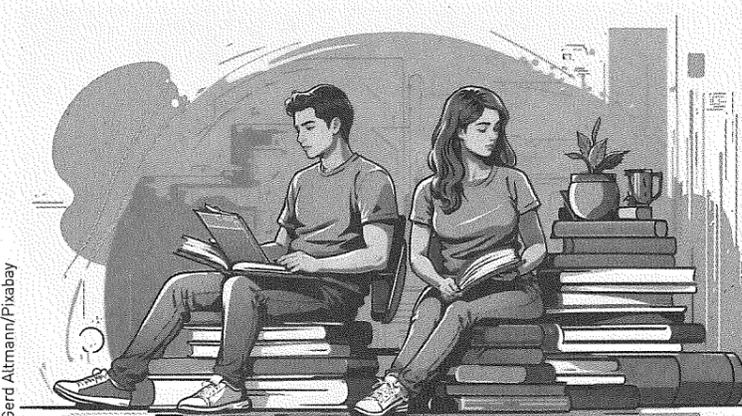


Foto: Gerd Altmann/Pixabay

Gut vorbereitet auf das Leben? Junge Menschen bezweifeln das heutzutage immer öfter.

der Gesellschaft (49 Prozent) oder der Zunahme von Flüchtlingsströmen (41 Prozent). Als Resultat daraus gibt es demnach eine hohe Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Das Potenzial für rechtspopulistische Einstellungen verstärkte sich demnach im Vergleich zu früheren Studien.

Jugendforscher Hurrelmann sagte, während die Parteien der Ampel-Koalition in der Gunst immer weiter absinken, habe die AfD besonders großen Zulauf. Co-Autor Schnetzer sagte, der vielfach gemachte Vorwurf, junge Menschen seien faul, treffe nicht zu. Allerdings forderten sie verstärkt ein

Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben sowie die Anerkennung von Leistung in Form von bezahlten Überstunden.

Im Vergleich zu früheren Studien schein die Stimmung der jungen Generation zu kippen, hieß es. Das zeige sich in einem hohen Ausmaß von psychischen Belastungen wie Stress und Erschöpfung. Diese seien in den zurückliegenden drei Jahren trotz des Abflauens der Corona-Pandemie weiter angestiegen. Co-Autor Hampel sagte, die psychische Belastung sei für junge Menschen so hoch wie nie. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Rolle von Smartphones hin. Mehr

als die Hälfte der Befragten habe angegeben, diese übermäßig zu nutzen.

Die Studienergebnisse zeigen laut Hampel dringenden Handlungsbedarf im Bildungsbereich. Die jungen Menschen kritisierten einen starken Mangel an Digitalisierung an Schulen und in der Wirtschaft. Außerdem beklagten sie, dass die schulische Ausbildung zu wenig auf das Leben und die Arbeitswelt vorbereitet.

Bei der Einstellung der jungen Generation in Bezug auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit ergab die Studie, dass sich knapp die Hälfte der Befragten Sorgen über den Klimawandel macht. Nach Ansicht von 45 Prozent der Studienteilnehmer wird nicht genügend für den Umweltschutz getan. Gleichzeitig sind den Angaben zufolge diejenigen in der Minderheit, die bereit sind, für Nachhaltigkeit Verzicht zu üben. Die junge Generation erwarte von Politik und Wirtschaft kollektive Ansätze und strukturelle Veränderungen, weil sie darin den wirkungsvollsten Hebel zu Veränderung sieht, hieß es. Für die siebte Trendstudie „Jugend in Deutschland“ wurden zwischen dem 8. Januar und dem 12. Februar dieses Jahres 2 042 Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren online befragt. **epd**

Kirchen sollen Diskussionsräume schaffen

KURZ NOTIERT

Appell an Bundeskanzler

Berlin. Anlässlich des Staatsbesuchs des aserbaidjanischen Präsidenten Ilham Alijew am 25. und 26. April in Berlin haben zivilgesellschaftliche Gruppen, darunter die Gesellschaft für bedrohte Völker, der Zentralrat der Armenier und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, einen gemeinsamen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtet. Darin fordern die Organisationen Scholz unter anderem auf, die Vertreibung von 100 800 Armeniern aus Arzach/Bergkarabach öffentlich zu verurteilen und Sanktionen für den Fall eines erneuten Angriffs anzukündigen. kk

Welthungerhilfe warnt vor Kürzungen

Osnabrück. Vor dem Hintergrund der Spar-Pläne von Finanzminister Christian Lindner (FDP) hat die Welthungerhilfe vor weiteren Kürzungen bei der Hunger- und Armutsbekämpfung gewarnt. Laut Finanzministerium sollen insgesamt etwa zwei Milliarden Euro bei der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe gekürzt werden. Welthungerhilfe-Vorstandschef Mathias Mogge sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Nur wer in eine Zukunft ohne Hunger investiert, kann Teil einer Fortschrittskoalition sein.“ epd

Die Stimmung scheint zu kippen

Jugendstudie: Junge Menschen sind unzufrieden und pessimistisch

Die Studie „Jugend in Deutschland 2024“ hat herausgefunden, dass Jugendliche sich mehr Sorgen um ihre Zukunft machen, als in den vergangenen Jahren. Dadurch steige auch das Potenzial für rechtspopulistische Einstellungen und das Ausmaß psychischer Belastungen.

Berlin. Die Autoren einer neuen Jugendstudie fordern mehr Möglichkeiten für junge Menschen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann sagte in Berlin bei der Vorstellung der Analyse „Jugend in Deutschland 2024“, junge Menschen seien bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie hätten aber den Eindruck, dass der Staat sich nicht um sie kümmere.

Der Analyse zufolge sind junge Menschen in Deutschland so pessimistisch wie noch nie. Sorgen um die Sicherung des Wohlstands führten zu hoher politischer Unsicherheit und damit zu einem deutlichen Rechtsruck, heißt es in der Untersuchung von Hurrelmann, Kilian Hampel und Simon Schnetzer.

Sorgen machen sich junge Menschen laut der Studie aufgrund von Inflation (65 Prozent), teurem Wohnraum (54 Prozent), Altersarmut (48 Prozent), der Spaltung



Foto: Gerd Altmann/Pixabay

Gut vorbereitet auf das Leben? Junge Menschen bezweifeln das heutzutage immer öfter.

der Gesellschaft (49 Prozent) oder der Zunahme von Flüchtlingsströmen (41 Prozent). Als Resultat daraus gibt es demnach eine hohe Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Das Potenzial für rechtspopulistische Einstellungen verstärkte sich demnach im Vergleich zu früheren Studien.

Jugendforscher Hurrelmann sagte, während die Parteien der Ampel-Koalition in der Gunst immer weiter absinken, habe die AfD besonders großen Zulauf. Co-Autor Schnetzer sagte, der vielfach gemachte Vorwurf, junge Menschen seien faul, treffe nicht zu. Allerdings forderten sie verstärkt ein

Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben sowie die Anerkennung von Leistung in Form von bezahlten Überstunden.

Im Vergleich zu früheren Studien schein die Stimmung der jungen Generation zu kippen, hieß es. Das zeige sich in einem hohen Ausmaß von psychischen Belastungen wie Stress und Erschöpfung. Diese seien in den zurückliegenden drei Jahren trotz des Abflauens der Corona-Pandemie weiter angestiegen. Co-Autor Hampel sagte, die psychische Belastung sei für junge Menschen so hoch wie nie. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Rolle von Smartphones hin. Mehr

als die Hälfte der Befragten habe angegeben, diese übermäßig zu nutzen.

Die Studienergebnisse zeigen laut Hampel dringenden Handlungsbedarf im Bildungsbereich. Die jungen Menschen kritisierten einen starken Mangel an Digitalisierung an Schulen und in der Wirtschaft. Außerdem beklagten sie, dass die schulische Ausbildung zu wenig auf das Leben und die Arbeitswelt vorbereitet.

Bei der Einstellung der jungen Generation in Bezug auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit ergab die Studie, dass sich knapp die Hälfte der Befragten Sorgen über den Klimawandel macht. Nach Ansicht von 45 Prozent der Studienteilnehmer wird nicht genügend für den Umweltschutz getan. Gleichzeitig sind den Angaben zufolge diejenigen in der Minderheit, die bereit sind, für Nachhaltigkeit Verzicht zu üben. Die junge Generation erwarte von Politik und Wirtschaft kollektive Ansätze und strukturelle Veränderungen, weil sie darin den wirkungsvollsten Hebel zu Veränderung sieht, hieß es. Für die siebte Trendstudie „Jugend in Deutschland“ wurden zwischen dem 8. Januar und dem 12. Februar dieses Jahres 2 042 Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren online befragt. epd

Kirchen sollen Diskussionsräume schaffen